

Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 951. — Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 26. November bis 2. Dezember 850 Milliarden Mark, Abnehmer 810 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilspalte örtlich 140 M., auswärts 200 M., Familienanzeigen und Stellengesuche 70 M., Berechnungslinien 140 M., die dreizehnpaltene, 30 Millimeter breite Reklamspalte örtlich 700 M., auswärts 1000 M. Der Grundpreis wird vermindert mit der Spaltenzahl des Verbreitungsgebietes. Der Grundpreis wird vermindert, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckverfehlungen keine Gewähr. — Postfach Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 276

Magdeburg, Dienstag den 27. November 1923.

34. Jahrgang.

Beamtenkabinett als letzter Ausweg.

Ein unmöglicher Versuch.

Der Reichspräsident hat sich am Freitag abend, während des ganzen Sonnabend und am Sonntag vormittag die größte Mühe gegeben, eine Reichsregierung zustande zu bringen, die sich auf die Fraktionen des Parlaments stützen und einige Gewähr für Dauer bieten konnte. Seine Bemühungen werden im einzelnen in einem unten folgenden Artikel geschildert. Sie sind alleinamt gescheitert, wie wir das in der letzten Nummer vorhergesagt haben. Mit diesem zerklüfteten Reichstag ist, nachdem das Winda der großen Koalition geborsten, eine parlamentarische Regierung nicht mehr zu bilden.

Am Sonntag mittag sah auch der Reichspräsident die Unmöglichkeit ein. Er wandte sich daher an einen seiner Vertrauten, den früheren Leiter der Reichskanzlei und Wiederaufbauminiater Cuno, den Juristen Albert, und hat diesen, eine „Regierung bewährter Männer“ zu bilden. Albert nahm nach einigen Widerstreben den Auftrag an und ist seitdem auf der Jagd nach den bewährten Männern, die mit ihm als Chef es wagen wollen, vor den Reichstag zu treten und sein Vertrauen zu erbitten.

Von den Ergebnissen dieser Jagd steht bisher noch nichts fest. Es wird nur viel kombiniert. Es wird sogar berichtet, daß Albert sein Kabinett schon bis Montag abend fertig haben und daß er sich mit seinen Kollegen am Mittwoch dem Reichstag vorstellen werde. Das Kunststück werde er um deswillen so schnell fertigbringen, weil er die meisten der bisherigen Minister beibehalten wolle. Allerdings nicht als Mandatäre ihrer Fraktionen, sondern eben als „bewährte Männer“, auch wenn sie sich noch so wenig bewährt haben wie Jarres, der deutschnationale Volksparteiler, der das Rheinland preisgibt, oder Geßler, der nichts mehr zu sagen hat, wenn er jemals was zu sagen gehabt haben sollte.

Im Augenblick wollen wir uns mit dieser Ministerliste nicht beschäftigen, wiewohl sie nicht unwichtig ist und je nach ihrem Ergebnis schon aus personellen Gründen die Stellung der Sozialdemokratie wesentlich beeinflussen wird. Wichtiger ist noch vorderhand, den Versuch an sich zu beurteilen und seine Aussichten abzustecken.

In seiner Not ist der Reichspräsident auf das typische deutsche Ausfallsmittel verfallen, das Parlament zu übersehen und eine „überparlamentarische“ Regierung zu versuchen. Oder ein „über den Parteien“ stehendes Kabinett. Oder eine Regierung der „Fachmänner“. So jagte man doch, bevor und während Cuno das Ruder in Händen hielt und den Kurs angab. Mit welchem Unglück ist dieser bewährte Mann auf den Strand gesetzt, weiß noch jedermann.

Typisch deutsch ist dieser Versuch deshalb, weil wir uns noch immer nicht an die Bedingungen der Demokratie gewöhnen können. Gewollt und ungewollt streben wir in Stunden großer Schwierigkeiten zu den Gepflogenheiten des Obrigkeitsstaates zurück, als das Parlament nichts weiter zu tun und zu sagen hatte, als Steuern zu bewilligen. Wir glauben uns den Geboten der Demokratie entziehen zu können, wenn es schwer fällt, uns ihnen unterzuordnen und nach ihnen zu handeln.

Bisher war es das nicht beneidenswerte Vorrecht der bürgerlichen Parteien, mit der Forderung nach „überparteilichen“ Regierungen den Parlamentarismus herabzusetzen oder das Parlament auszuschalten. Nun wird auch von einem Sozialdemokraten — allerdings nicht als Parteimann, sondern als Repräsentant des Reiches — der Versuch gemacht, einen Beamten an die Stelle eines Vertrauten der Parlamentsmehrheit zu setzen und damit die Unmöglichkeit eines „parteilichen“ Kabinetts auf Umwegen möglich zu machen.

Der Versuch wird scheitern, weil er scheitern muß. Angenommen, Albert brächte eine Ministerliste zustande und ein Programm, worauf diese sich einigen können, so würde er im günstigsten Fall am Tage seines Debüts eine Reichstagsmehrheit hinter sich bringen und sich am ersten Tag, an dem er mit einem positiven Entwurf käme, wieder von dannen trocken müssen, weil sofort aus der Mehrheit eine Minderheit geworden wäre.

Die Parteien sind doch keine Zufallserscheinung, sondern der Ausdruck konkreter wirtschaftlicher wie politischer Ringens der Bevölkerungsklassen, deren Interessen und Bestrebungen sich Schnurstracks entgegenstehen. Dieses Ringen mit einem Beamtenministerium zu überbrücken ist unmöglich, solange eine Regierung verfassungsmäßig verfährt und sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen will. Von den Parteien kann nicht abgesehen,

wer sich auf die Parteien stützen muß, um an der Regierung zu bleiben.

Deshalb ist jeder Versuch, die Parteien zu ignorieren, zum Scheitern verurteilt. Darüber mag ein Absolutist oder ein Analphabet schelten, oder ein Politiker und nun gar ein Demokrat fügt sich den eisernen Notwendigkeiten des öffentlichen Lebens.

Die Deutschnationalen stellen sich denn auch mit behender Eifertigkeit auf den „Boden dieser gegebenen Tatsachen“, wiewohl sie ihnen widerwärtig und hassenswert sind. Sie haben sich nach anfänglicher Weigerung jetzt erboten, die Kabinettsbildung zu übernehmen, wenn sie die Befugnis erhalten, den Reichstag aufzulösen, falls sie nicht die nötige Mehrheit im Parlament erhielten. Merkt ihr was? Sie wollen die Wahlen machen! Zu diesem Ende war ihnen die Demokratie gut genug.

Der Reichspräsident hat auf die privaten deutschnationalen Rufe nicht gehört, sondern sich an Albert und die „Bewährten Männer“ gewandt. Entweder wird er mit dieser Adresse sofort oder nach einigen Tagen, spätestens Wochen Schiffbruch erleiden. Dann tritt abermals die einzige Lösungsmöglichkeit vor ihn wie vor die Fraktionen: die Auflösung des Parlaments, der Appell an das Volk.

Sowohl der Reichspräsident wie die Fraktionen der Mehrheit des Parlaments schauen vor dem letzten Mittel zurück. Wir kennen die Gründe und wissen sie durchaus zu würdigen. Aber alle ängstliche Drückbergerei bringt uns nur noch tiefer in Konflikte und Not. Sie nützt nichts, sie schadet nur.

Wir haben uns den Geboten der Demokratie zu jügen, wollen wir die Demokratie erhalten. Wir haben jede ihrer Entscheidungen hinzunehmen, auch wenn sie uns nicht paßt. Denn wir wissen, daß letzten Endes die Demokratie das Heilmittel in sich trägt gegen Fehlsprüche, die in ihrem Namen ergangen.

Wir dürfen daher die Demokratie nicht ignorieren, wie wir das jetzt mit den Parteien machen wollen. Wohl oder übel, es bleibt uns weiter nichts übrig, als es mit einer Neuwahl zu versuchen. Sofort. Ohne Winkelmüge und ohne Ausschub durch ein unmögliches Beamtenministerium.

Das Gebot der Demokratie ist eiern. Es duldet keinen Widerstand, soll nicht noch mehr Schaden angerichtet werden als seit dem Rathenau-Mord angerichtet worden ist.

Gescheiterte Lösungsversuche.

Ueber die bis Sonnabend abend erfolgten Bestrebungen zur Lösung der Regierungskrise erzählt der „Soz. Parlamentsdienst“ folgendes:

Der Führer der deutschnationalen Fraktion Gergt, der noch am Freitag abend vom Reichspräsidenten empfangen wurde, verlangte in dieser Besprechung nicht die Bildung des Kabinetts durch einen deutschnationalen Abgeordneten bzw. einen deutschnationalen Nichtparlamentarier, wie man hätte annehmen sollen, sondern machte den Vorschlag, einen Vertreter der Volkspartei unter Beteiligung der Deutschnationalen mit der Regierungsbildung zu betrauen. Reichspräsident Ebert gab dem später von ihm empfangenen Vertreter der Volkspartei Scholz von der Auffassung der Deutschnationalen Kenntnis. Noch am Freitag abend nahm die völksparteiliche Fraktion zu dem Standpunkt der Deutschnationalen Stellung und beschloß, sich an einem nach rechts erweiterten Kabinett nur unter Führung Stresemanns zu beteiligen.

Am Sonnabend vormittag besetzte sich auch die Zentrumsfraktion mit der Krise. Sie beauftragte den ehemaligen Reichskanzler Lehrenbach, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß unter keinen Umständen der Kanzler aus den Reihen des Zentrums gestellt werden könne. Dieser Standpunkt wurde besonders von dem ehemaligen Zentrumsminister Stegerwald vertreten, so daß die Gerüchte über eine Reichskanzlerkandidatur Stegerwalds, die angeblich besonders von den Deutschnationalen gewünscht werden soll, eben nur Gerüchte waren.

Im Laufe des Sonnabendnachmittags, nachdem der Reichspräsident zuvor noch einmal mit den Führern der Mittelparteien Führung gesucht hatte, tauchte die Kandidatur Kardorff auf. Dieser Vorschlag kam aus den Reihen des Zentrums und wurde von den Demokraten lebhaft unterstützt. Beide Parteien wünschten die Bildung einer Regierung der Mitte mit Stresemann als Außen-

minister ohne direkte Beteiligung der deutschnationalen Fraktion. Jedoch bestand gleichzeitig die Neigung, einen bayrischen Volksparteiler in das Kabinett aufzunehmen, der als Verbindungsmann zu den Deutschnationalen gelten sollte. Es war geplant, das neue Kabinett mit wechselnden Mehrheiten regieren zu lassen.

Als Kardorff vom Reichspräsidenten befragt wurde, ob er bereit sei, die Kabinettsbildung zu übernehmen, bot er sich eine kurze Bedenkzeit aus. Er verhandelte zunächst mit dem deutschnationalen Abg. Gergt im Beisein seines Fraktionskollegen Geinze. Später führte Kardorff Verhandlungen mit dem Zentrumsführer Marx und dem Vorsitzenden der demokratischen Fraktion Peterjen. Vor Beginn der Fraktionsitzung der Volkspartei, die zur Besprechung der Kandidatur Kardorff und der von ihm geführten Verhandlungen um 6 Uhr abends zusammentrat, vergewisserte sich der Kanzlerkandidat der Mitarbeit des bisherigen Post-, Ernährungs- und Arbeitsministers. Die übrigen Minister sollten mit Nichtparlamentariern besetzt werden, wobei für das Finanz- und Wirtschaftsministerium an den früheren Generaldirektor des Stimmes, Minouz, gedacht war.

Die Pläne Kardorffs wurden jedoch hinfällig infolge der ablehnenden Haltung der Deutschnationalen und der Stellungnahme seiner eignen Fraktion. Die Deutschnationalen lehnten Kardorff als Kanzler ab und verneinten gegenüber einem Kabinett der Mittelparteien von vornherein jede Toleranz, während die Volkspartei sich gegenüber Kardorffs Bestrebungen, daraufhin eine Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie zu bilden, ebenfalls ablehnend verhielt. Kardorff mußte deshalb gegen 9 Uhr abends den vom Reichspräsidenten zum Ausdruck gebrachten Wunsch, die Kabinettsbildung zu übernehmen, gezwungen durch seine eigne Fraktion, ablehnen.

Nachdem die Kandidatur Kardorff unmöglich gemacht worden war, ließ Gergt in den Wandelgängen des Reichstags erklären, daß er eine ihm übertragene Kabinettsbildung unter allen Umständen anzunehmen beabsichtige und jeder andre deutschnationale Parlamentarier bzw. Nichtparlamentarier sich im gleichen Sinne verhalten werde. Bevor sie jedoch endgültig zur Regierungsbildung schreiten würden, würden sie zunächst den Versuch machen, vom Reichspräsidenten die Order zur Auflösung des Reichstags zu erhalten, um im Fall einer Verneinung der Vertrauensfrage durch das Parlament sofort Neuwahlen ausschreiben zu können.

Ein Magdeburger als Reichskanzler.

Der Reichspräsident hat nach den vergeblichen Bemühungen des Sonnabend dann am Sonntag die Versuche zur Lösung der Regierungskrise fortgesetzt. Er empfing im Laufe des Vormittags den Reichsminister Geßler und den früheren Schatzminister Albert zu einer gemeinsamen Besprechung. Später besprach er die Lage mit dem Reichsinnenminister Jarres und empfing dann anschließend den Reichsarbeitsminister Brauns.

Die Unterredungen führten zu dem Ergebnis, daß die Versuche zur Bildung einer Koalitionsregierung nicht gelingen werden. Aus diesem Grunde sah sich der Reichspräsident veranlaßt, im Laufe des Nachmittags folgendes Schreiben an den früheren Reichschatzminister Dr. Albert zu richten:

Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen und, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unsers Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihr väterländisches Pflichtgefühl, Ihre mir geäußerten und auch von mir gewünschten Gedanken zurückzugeben und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen.

Für eine umgebende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Nach dem Empfang dieses Schreibens hatte Albert erneut eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Er erklärte sich bereit, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Ueber die Zusammenfassung einer Re-

gierung Albert ist zuverlässig noch nichts bekannt, wenn auch von Leuten, die das Gras wachsen hören, eine ganze Reihe von Namen genannt werden.

Wer ist Albert?

Der als Reichsminister in Aussicht genommene frühere Reichsdirektor Heinrich Friedrich Albert wurde am 12. Februar 1874 in Magdeburg als Sohn eines Großkaufmanns geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und trat dann in den Staatsdienst ein. Dort wurde er bald in das Reichsamt des Innern berufen, wo er über ein Jahrzehnt lang als Vortragender Rat tätig war.

Im Jahre 1904 leitete er im Auftrag des Reiches die Organisierung der deutschen Abteilung auf der Weltausstellung in St. Louis und wurde 1910 auch weiteren Kreisen als Reichskommissar für die Weltausstellung in Brüssel bekannt. Später wurde er als Handelsattaché der deutschen Botschaft in Washington zugeteilt, wo er bis zur Kriegserklärung Amerikas an Deutschland tätig war und dann mit dem Grafen Bernstorff zurückkehrte.

Nach seiner Rückkehr fand er Verwendung im Reichsbewertungsamt, dessen Präsident er bis März 1919 war. Dann wurde er als Nachfolger Kurt Baales Unterstaatssekretär in der Reichsfinanzverwaltung und 1920 zum Staatssekretär und Chef der Reichsfinanzverwaltung ernannt.

Nach seiner Veretzung in den einstweiligen Ruhestand war er vorübergehend als Rechtsanwalt beim Landgericht Berlin tätig und wurde im November 1923 vom damaligen Reichsminister Cuno zum Reichsfinanzminister gewählt. Mit dem Rücktritt Cunos schied Albert auch aus diesem Amt und trat in den Ausschichtsrat der Deutschen Werke ein.

Die Kanzler der Republik.

Albert würde im Falle des Zustandekommens seines Kabinetts der achte in der Reihe der Männer sein, die nach den Novembertagen des Jahres 1918, nach der Regierung der Volksbeauftragten, die Geschäfte eines deutschen Reichskanzlers geführt haben. Es waren Reichskanzler:

- Scheidemann (Soz.) von Februar 1919 bis Juni 1919
- Fauser (Soz.) von Juni 1919 bis März 1920
- Müller (Soz.) von März 1920 bis Juni 1920
- Fehrenbach (Ztr.) von Juni 1920 bis Mai 1921
- Birth (Ztr.) von Mai 1921 bis November 1922
- Cuno (Republ.) vom 11. November 1922 bis 11. August 1923
- Stresemann (Republ.) vom 13. August bis 23. Oktbr. 1923.

Krieg in der Volkspartei.

Einen bösen Einblick in die Zerrissenheit der Volkspartei, die nicht zuletzt den Sturz Stresemanns herbeigeführt hat, gewährt folgende Begebenheit, die eine Zentrumskorrespondenz mitteilt:

Der Abgeordnete Heintze brachte es fertig, dem Reichspräsidenten Ebert mitzuteilen, er wolle über die Abgeordneten Marck und Berkner schießen, die ihn über die wahre Stimmung innerhalb der Deutschen Volkspartei unterrichten würden. Der Reichspräsident habe mehr Lust, als diejenigen, die hinter dem Rücken Stresemanns gegen ihn intrigieren wollten. Er lehnte den Vorschlag ab.

Stresemann hat ja jetzt Zeit. Er mag im eignen Hause für Frieden und Ordnung sorgen, sonst geht's der Volkspartei schlecht, wenn wir zu Wahlen kommen sollten. Und noch schlechter, wenn der Krieg unermüßlich fortgesetzt würde bis zu einer spätem Wahl.

Sie schützen die Hochverräter.

Nach der entscheidenden Abstimmung des Reichstags am Freitag, die den Sturz Stresemanns brachte, wurde noch eine Reihe von weiteren Abstimmungen über Anträge, die sich hauptsächlich auf die Anwendung des Belagerungs-

standes bezogen, vorgenommen. Alle Anträge wurden von einer kompakten bürgerlichen Majorität gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt, wobei die sächsischen Demokraten Brodau und Göb sowie der Abg. Schädling verschiedentlich mit den Sozialdemokraten gemeinsam stimmten.

Bei einem dieser Anträge ereignete sich ein viel beachteter Zwischenfall. Es handelte sich um einen kommunistischen Antrag, der dahin ging, daß ein Hochverratsverfahren gegen die Münchner Räteregierung beider Fakultäten — also Giller, Rahr, Ludendorff, Löffow und Seizer — eingeleitet werden soll.

Bei der ersten Abstimmung im Saal erhoben sich jedoch außer den Sozialdemokraten und den Kommunisten zunächst nur zwei oder drei Demokraten, sodann, aufgemuntert durch Zurufe von der Linken, einige weitere Mitglieder der demokratischen Fraktion. Bei der Gegenprobe lehnten alle bürgerlichen Parteien den Antrag ab, wobei allerdings einige andre Demokraten, ferner die beiden Zentrumsführer Fehrenbach und Spahn sich absetzten, sich also der Stimme enthielten.

Da das Ergebnis zweifelhaft war, mußte ein Sammelgespräch vorgenommen werden. Dabei stimmten von den bürgerlichen Abgeordneten mit der Sozialdemokratie und den Kommunisten nur folgende für den Antrag: Frau v. Oheimb (Dt. Vp.), Geile, Schuldt, Delius, Professor Schädling, Professor Göb, Ziegler, Brodau und Haas von den Demokraten. Fehrenbach, Spahn und einige Demokraten blieben der Abstimmung fern.

Die Auszählung ergab die Ablehnung des Antrags mit 193 gegen 166 Stimmen, ein Resultat, das von den Deutschnationalen sowie von einigen deutschvölkischen Jünglingen auf den Tribünen mit Jubel aufgenommen wurde.

Die Ludendorff und Rahr dürfen also seeleneruhig weiter Hochverrat treiben und die Republik mit Waffengewalt zu erbeugigen suchen — die bürgerlichen Parteien geben ihnen freien Weg und freien Paß. Sie beschützen die Hochverräter.

Kämpfe im Rheinland.

In Düren ist am Sonntag ein Versuch gemacht worden, die Sonderbündler zu vertreiben. In den sich entspannenden Kämpfen wurden mehrere Personen getötet. Die mit Karabinern, Pistolen, Seitengewehren und Handgranaten bewaffneten Sonderbündler, die rücksichtslos ihre Waffen gebrauchten, blieben gegenüber der so gut wie unbewaffneten Menge Sieger.

Als Veröffentlichungen der „Rheinischen Zeitung“ in Köln erfährt man einiges über die sozialgen innerpolitischen Pläne und Absichten der Sonderbündler, und daraus ist unschwer zu schließen, wo die deutschen Kreise sind, die sie unterstützen. Die Sonderbündlerische Verfassung sieht die Wahl einer Ständevertretung (Senatoren) zu einem rheinischen Senat vor, der den Staatskanzler, den Staatsminister und den Staatspräsidenten wählen soll. Dieser „Hohe Rat der Drei“ soll das Recht des Abschlußes von Bündnissen und Verträgen mit fremden Staaten unter Zustimmung des Senats haben. Unter anderem wird die Schaffung einer Staatsmiliz festgelegt, die den Schutz der zu gründenden Rheinischen Republik in der Luft, auf dem Land und dem Wasser zu übernehmen hat. Im übrigen verlangt die Verfassung Aufhebung der Warenhäuser und Gewerkschaften und Ausföhrung aller öffentlichen und kommunalen Bauten von Privatarchitekten und Bauunternehmern. Strafen und Kommunen sollen nicht das Recht haben, Bauten in eigener Regie auszuführen.

Am interessantesten ist der vom 28. September 1923 datierte Entwurf für die vorgesehene Ständevertretung. Darin wird die Ausweisung sämtlicher Beamten, deren Großväter nicht schon im Rheinland geboren waren, verlangt. Die Presse soll unter Zensur gestellt werden und das Ziel der rheinischen Ständevertretung soll sein, „das heutige widersinnige Parteienwesen im Rheinland auszuwischen“. Auch die Gewerkschaften in ihrer heutigen Form müßten verschwinden. An ihre Stelle sollen Fabrikvertrauensleute treten, die aber nicht während der Arbeitszeit tagen dürfen. Der Fabrikherr oder Handwerksmeister müßte wieder Herr im eignen Hause werden! —

Die nationale Front im Rheinland.

Von der schwerkapitalistischen Presse wird versucht, die Auffassung der rheinischen Bevölkerung falsch darzustellen. Es wird behauptet, daß „weite Kreise“ auch in den besetzten Gebieten mit dem Plane der Reichsregierung einverstanden seien, das Rheinland versacken zu lassen. In Wirklichkeit sind lediglich schwerindustrielle Kreise die Verfechter dieser neuen Art von „nationaler“ Politik.

Völlig geschlossen stehen die rheinischen Arbeiter und Angehörigen, und zwar kämpfen in einer Front mit den Sozialdemokraten und den freien Gewerkschaften auch die christlichen und Hirsch-Dunkerischen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der der christlichen Arbeiterbewegung angehört, fordert die Parteien des Reichstags auf, sich allen Maßnahmen der Regierung zu widersetzen, die in ihrer Entwicklung die Preisgabe des Ruhr- und Rheinlandes bedeuten würden. Er wendet sich gegen den Plan der Regierung, am 25. November die Ruhrunterstützungen einzustellen, ebenso gegen die Massenklindigungen und Entlassungen durch die Ruhrindustriellen.

Es zeigt sich in den besetzten Gebieten auf das deutlichste, wo die wirklich nationale Gesinnung ist, wo die Kraft des Deutschlums liegt. Genau wie in Oberschlesien. Dort waren es schwerindustrielle Unternehmer, die ihren Frieden mit den Polen machten, während der Kampf noch tobte. —

Opposition im Lande Rahr.

Die verfassungsmäßige bairische Regierung, die nichts zu sagen hat, ist geneigt, die hochgeborenen Münchner Räteregierer dem Reichsgericht zur Aburteilung zu übergeben. Das paßt dem Rahr nicht, und darum läßt er bekanntmachen, daß bairische Justizbehörden die Aburteilung vornehmen werden und eine Auslieferung nicht in Frage komme.

Begreiflich, daß der Rahr eine Aufstellung der Münchner Vorgänge durch ein Gericht fürchtet, das nicht in seinem Machtbereich seinen Sitz hat. Die Röhner, Roth, Friede, Giller und Ludendorff könnten verdammt unangenehme Angeklagte für ihn werden. Da erscheint z. B. als Ersatz für ein von Rahr verbotenes Blatt der Ludendorffer „Der Oberbayer“, der folgendes in die Münchner West hinausstreift:

Herr v. Rahr ließ durch die Presse erklären, er habe Giller und Ludendorff nur unter dem Zwange der Pistole sein Ehrenwort gegeben. Dem widerspricht aber folgende authentische Tatsache:

Donnerstag nacht um 11 Uhr, also nach der Pistolenkomödie im Bürgerbräukeller, als Herr v. Rahr wieder seine allseitige Entschliesungsfreiheit hatte, besuchte ihn Röhner zusammen mit Oberamtmann Friede im Generalstaatskommissariat. Dabei erklärte ihm Herr v. Rahr, es freue ihn, daß die Sache so gegangen sei; alles, was zwischen ihnen gestanden, sei nun beseitigt, und sie würden in Zukunft vertrauensvoll zusammenarbeiten. Bei dieser Gelegenheit verpflichtete Herr v. Rahr den Oberamtmann Friede zum Polizeipräsidenten von München. Diese Tatsache ist protokolllarisch niedergelagt, an ihr also nicht zu rütteln.

Wenn dieses Protokoll etwa dem Oberreichsanwalt Ebermayer vorgelegt würde! Das könnte dem Rahr doch sehr unangenehm werden, aber wenn dieser Ebermayer den General Ludendorff ver-

Kleines Feuilleton.

Nathan der Weise.

Wer es nicht schon längst wußte, hätte es am Sonntagabend im Stadtheater wahrnehmen können: daß Lessings „Nathan“ unter Generationen nicht mehr viel zu sagen hat. Dieser Publikum findet die langen, wehrhändigen Reden, die denen man so leicht antworten mag, ermüdend; das magst schon der allgemeinen Denkfähigkeit. Wo wohl mit dem aufgegebenen Tempo unser Lebensgeschwindigkeit, die Oper und das Kino, die heute so vertrieben ist, an die als Hauptdarsteller sein sollen, jenes unbedeutende Schicksal der Dürer, das Dürer und das Engel, gültigen, das den Dürer auszeichnet, sondern von der heutigen Zeit des Kampfes, der Dürer, die nicht in der Hand und dem Leben in ein Rollenbuch hinein zu tun, sondern in seiner Darstellung mit einem Mann sein und sein. Das, was uns Menschen von heute, den mit dem Dürer, das nicht in der Hand und dem Leben in ein Rollenbuch hinein zu tun, sondern in seiner Darstellung mit einem Mann sein und sein. Das, was uns Menschen von heute, den mit dem Dürer, das nicht in der Hand und dem Leben in ein Rollenbuch hinein zu tun, sondern in seiner Darstellung mit einem Mann sein und sein.

nicht die Gesinnung von der Kanzel herab in dem Geiste des weichen Juden reden, mahnen, befehlen:

Es eifre jeder seiner unbedachten,
Von Vorurteilen freien Siebe nach!
Es freude von euch jeder um die Weite,
Die Kraft des Steins in keinem Ring an Tag
In legen! Komme dieser Kraft mit Sanftmut,
Mit herzlicher Vertraulichkeit, mit Wohlmut,
Mit unangenehmer Ergebenheit in Gott
In Gott!

Wir sind nicht erinnerlich, daß ein Lehrer darauf besonders Wert gelegt und diese Lehren und Lehren eingepreßt hätte. Nach weniger, daß uns die Menschen lebendig gemacht worden wären, die Pfaffen, die der ersten Religiosität der ganz unoffiziellen, schamlos und phrasenlos, gegenübergestellt werden, der Dürer, in dem sich die Sehnsucht des deutschbürgerlichen Geistes nach der „ungetriebenen Despotie“ — die natürliche, die mit dem Königs Wort ausruft: „Gott, geben Sie Gedankenfreiheit!“ — so lebend und dabei so weisend, so romantisch, so echt deutsch, verknüpft. Weiter ein Engländer noch ein Franzose hätte sich einen solchen Gehirnen ausdenken können. In dem Dürer wiederum liegt ein gut Teil von Lessings eigener Jüngerinnenzucht. Mit dem Wissen seiner Pädagogen am allerwenigsten anzufangen.

Die eigentliche Wäre es gewesen, wenn unser Stadtheater in hoher Gedankens des Gegenwärtigen von Lessings Reiferheit es in einer recht jugendlichen, wahrhaft modernen Sinnlichkeit herangebildet hätte! Aber nein — es war ja nur ein Götterspiel! In andern Bühnen würde dieses Dürer paradox wirken; in Regensburg hat es leider keine Berechtigung. Wir haben uns in der Oper jenseit wie im Schauspiel daran gewöhnen müssen, berühmte Geister in einem für uns und für sie besonders beschriebenen Rahmen anzufassen zu sehen; ich erinnere nur an Emma Reissner, an Karl Jörn, an Gertrud Gspolzt.

Wir haben allerdings zwei Gemengen von Vorstellungen: eine auf der Bühne und solche mit den alten Dekorationen. Unsere neuen Spieltheater Schaulustigkeit und Witzes pflegen mit der Bühne zu arbeiten, die nicht nur einen lebendigen, geschichtlichen und pädagogischen Rahmen abgibt, sondern auch die Fäden verknüpft. Lessing war dieser Idee nicht unbedachtig geworden — er ist ja nur ein Meister. Man konnte sich für jede Szene die Bühne beschreiben und sich damit das Bild ausmalen. Und jener hat man den alten Rahmen anzuwenden, der nun in den hinteren Wänden aufgeführt werden konnte: Koloritmalerei, die nach Bedarf wecheln, und orientalische Aufgebungen, auf denen der Schimmel wechelt. Die Dürer und der natürliche Charakter des Gegenwärtigen waren so schlecht gekleidet, daß sie ganz verloren gingen. Im Sonntag hat

Sultan, einem Vogelbauer vergleichbar, schlugen sich mindestens dreierlei verschiedene Arten von Nor gegenseitig kaputt. Der Sultan und seine Schwester waren mit einer wahren Raffinesse Eleganz angezogen, und der Slave, der den Vorhang im Hintergrund zurückschlug und sich dabei tief verneigte, erregte jedesmal unterhöhlene Heiterkeit.

Mag Grube aus Meiningen, der den Nathan spielte, hätte ebenso wie der Dürer eine würdigere Behandlung verdient. Er verkörperte jene realistische Schule, die an dem Kleinen, aber vorzüglich geleiteten Meiningener Hoftheater ihre Hochburg hatte. Dieser Nathan ist ausgeprägter Jude, mit allen Merkmalen des alten Rammes, des Auges, weltgewandten Beobachters und Menschenkennters. Ein Schauspieler unserer Generation würde vielleicht die äußeren Merkmale mehr unterdrücken, den Kern dieser prachtvollen Persönlichkeit bewahrt herausheben. Und doch leuchtete der auch bei Grube in der Erzählung von den drei Ringen hervor: durch den Monolog war sie so klug vorbereitet und in sich selbst so vorzüglich gesteigert, daß man einen neuen Genuß dabei erlebte. Ein scharf ausgebildetes Stilgefühl bewahrt diesen Künstler vor allen naturalistischen Übertreibungen: er wird nie in jene manierierte Manier verfallen, die Rosart seinem Schloß angulien pflegte. Bei aller Sorge für die Charakterisierung weiche Beherrschung des Berjes! Und welche ausgezeichnete Aussprache!

Unser einheimischen Schauspieler könnten von diesem alten Herrn noch unendlich viel lernen. In Meiningen hätte niemand die Schülern so hochziehen und die Elbogen so edig abspitzen dürfen wie Fräulein Böhm als Sittah. Dem Tempelherrn hätte man eine so monotone, unruhige Sprechweise wohl auch nicht durchgehen lassen, wie sie Bähring an den Tag legte. Die Rede der Räte Kroler, ursprünglich gut angelegt, überhörte sich im Akt — ein Fehler, der auch ihrer Modos im „Gogol“ anhaftete — und der Demut des Herrn Schmitt wäre sicher weit drohlicher, wenn er sich nicht so zartlich benahme: wozu diese furchtbaren Kräfte? Hat schon es, als hätte der Schachmeister den Sultan angepöbel, so zerstreut und verflört erschien dieser. Zwei erkleckliche Charaktertypen stellen einzig J. A. Gross als Klosterbruder und Theresie Rosjega als Dajah, die man nur manchmal schlecht verstand hinter ihrem umfangreichen Kopfsch. Man sollte annehmen, daß das Spielen mit einem so ausgezeichneten Satz wie Mag Grube unsern Einheimischen eine besondere Freude sein müßte. Statt dessen erleben wir es, daß selbst unsere Besten und Bewährtesten zerstreut, ja selbst verflochten mitwirken. Die Schuld ist höchstwahrscheinlich in einer ungenügend vorbereiteten Vorstellung zu suchen, einer jener „Feld-, Wald- und Wiesen-Vorstellungen“, die so früher häufig vorkamen. Wir müßten, durch einen neuen, ernsthafteren Geist in der Spielleitung empfindlicher geworden, vor dem Rückfall in dieses Verfallene doch ganz entschieden warnen.

Wren würde, der durch die Telegraphen-Union u. a. folgendes der Welt erzählt:

Die Münchner Berichte schweigen sich darüber aus, daß schon im Oktober der General v. Lossow die Verbindung mit Ludendorff aufgenommen hat, weil er glaubte, dessen Namen bei einem Konflikt mit Berlin nötig zu haben. Am 7. November war Lossow bei Ludendorff und sprach ganz bestimmt aus, daß er, Raahr und Seiker zum Schlägen entschlossen wären. Das gleiche wiederholten die drei Herren am Donnerstag nachmittags 4 Uhr. Es fehlten ihnen nur noch einige Herren aus dem Norden. Auch anderen Personen gegenüber hat sich General v. Lossow in gleichem Sinne geäußert. Die Namen dieser Herren können genannt werden, wie z. B. Graf Hollborn-Wolmitzstedt.

Die einst die dicksten Freunde des Raahr waren, fangen allmählich an, von ihm abzurücken und ihm zu sagen, er solle verschwinden. Das ist z. B. Geheimrat Held, der Führer der Bayerischen Volkspartei, der seinen „Regensburger Anzeiger“ gegen die Diktatur Raahr wettern läßt und ihm sagen läßt, es sei „ein schwerer staatsrechtlicher Irrtum, als ob Herr v. Raahr die bayerische Staatsregierung verkörpere“. Nicht kraft eignen Rechts, sondern durch die verfassungsmäßige Staatsregierung sei dem Raahr die vollziehende Gewalt übertragen und alles was weiter zu geschehen habe, müsse sich verfassungsmäßig vollziehen.

Auf einmal entdeden aber die Leute, die alles getan haben, um von Bayern aus die Reichsverfassung zu zerschlagen, daß diese Methode auch einige Gefahren für sie selbst mitbringt.

Die Bayerische Volkspartei findet jetzt auch ein Haar in der Suppe der „vaterländischen Bewegung“, die unter ihrer Herrschaft großgepöppelt wurde. Der „Regensburger Anzeiger“ spricht die große haarmännliche Weisheit aus, es könne nur einer Herr im Staate sein, nämlich der Staat selber. Der Hitlerputz habe bewiesen, daß der Staat keiner illegalen Macht mehr bedürfe.

Vor dem Ludendorff-Putsch las man's anders. Über damals glaubten die klugen Leute der Bayerischen Volkspartei, sie könnten mit den illegalen bewaffneten Verbänden ihre Ziele gegen das Reich durchsetzen. —

Die Reichsrefutivie gegen Sachsen.

Die sozialdemokratischen Minister im zweiten Kabinett Stresemann, Robert Schmidt, Kadbruch und Sollmann, lassen durch den „Sozialdemokratischen Parlamentarier“ eine eingehende Darstellung über das Eingreifen der Reichswehr in Sachsen verbreiten. Danach hat der Reichsinnenminister Sollmann trotz der vielen Beschwerden aus sächsischen industriellen Kreisen, mit denen der Reichskanzler vom ersten Tage seiner Regierung an geradezu überschüttet wurde, stets ein Eingreifen der Reichswehr abgelehnt. Erst durch den militärischen Ausnahmezustand, der die gesamte vollziehende Gewalt in die Hände des Reichswehrministers legte, sei das Eingreifen der Reichswehr in Sachsen ermöglicht worden. Anfangs sei auch dann noch nicht von einer Besetzung ganz Sachsens die Rede gewesen, sondern immer nur von der Besetzung weniger angeleglicher Unruheherde.

Den Einmarsch der Reichswehrtruppen und die Ernennung eines Reichskommissars habe dann Gehler überraschend und auf eigene Verantwortung ohne Mitwirkung des Kabinetts angeordnet. Die sozialdemokratischen Minister hätten von vornherein, als Gehler von diesem Beschluß dem Kabinett Mitteilung machte, keinen Zweifel daran gelassen, daß der Beschluß des Reichswehrministers die Koalition gefährde, und der Reichskanzler habe dadurch zu vermitteln gesucht, daß er noch einmal den sächsischen Ministerpräsidenten aufforderte, innerhalb 24 Stunden sein Amt niederzulegen. Nachdem ein entsprechender Brief bereits an Beigener abgegangen war, habe sich dann der Reichskanzler doch noch eines andern entschlossen, indem er sich eine allgemeine Ermächtigung zum Vorgehen gegen die sächsische Regierung von dem Reichspräsidenten geben ließ. Alle weiteren Maßnahmen des Reichskanzlers wurden dadurch überholt, daß Dr. Feinze ohne jede Instruktion des Reichskanzlers und vor der Veröffentlichung des Reichspräsidenten die Reichswehr marschieren und die sächsischen Minister absetzen ließ. Darauf gaben die sozialdemokratischen Minister sofort ihre Demission. Sie betonten nachdrücklich, daß weder an einer Verordnung noch an der Ernennung des Reichskommissars ein sozialdemokratischer Minister mitgewirkt habe. —

Verhaftungen in Hamburg.

Die „Berliner Montagspost“ berichtet aus Hamburg: Die baltischen Verbände haben nach dem Erlaß des Generals Seede eine größere Betriebsamkeit gezeigt. Die Hamburger Polizei hat in der Nacht zum Sonntag etwa 60 Angehörige des Niederjachten-Ringens, einer deutschbaltischen Vereinigung, im Stadtpark bei einer militärischen Nachübung überfallen und festgenommen. Im Laufe des Sonntags wurde gemeldet, daß sich ein weiterer Trupp von 200 Angehörigen des Bismarck-Bundes in Langenhorn bei Hamburg versammelt hätte, um von dort zu ihrem Übungsplatz hinauszufahren. Die Polizei ließ sofort alle Bahnhöfe sperren und hat bis jetzt annähernd 80 Mann verhaftet. Im Besitz der Verhafteten wurden Pistolen und Koltschläger vorgefunden. Die Verhafteten wurden zur weiteren Vernehmung ins Stadthaus gebracht.

Da in diesem Umfang bisher noch keine derartige Ansammlung in Hamburg festgestellt worden ist, wird man dem Vorgang immerhin ernstere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Auch in Magdeburg ist von der Polizei gemäß der Seede'schen Verordnung gegen die Galanteriewerke vorgegangen worden. —

Was wird aus den Ruhrkrediten?

Während des Ruhrkriegs hat das Reich den Ruhrindustriellen Kredite gewährt. Die größten Kredite haben die Kohlenfinanzierungs- und die Stahlfinanzierungsgesellschaft erhalten. Sie sind fast alle auf wertbeständiger Basis abgeschlossen und sollen in bestimmten Fristen zurückgezahlt werden. Als Unterlage für diese Kredite dienten die erzeugten Waren. Da der passive Widerstand aufgehoben und jetzt durch die Verträge der Ruhrindustrie mit Frankreich die Möglichkeit des Exports der Erzeugnisse gegeben ist, entsteht die Frage, ob und wann diese Kredite zurückgezahlt werden. Es sind recht einflussreiche Bestrebungen

im Gange, die eine vollständige Streichung der Kredite beabsichtigen und sich in dieser Hoffnung nicht einmal beirren lassen durch die trostlose Finanzlage des Reiches, das einen solchen Verlust nur mit weiterer Zerrüttung der Finanzen erkaufen müßte.

Von diesen Kreisen sind in der letzten Zeit Mitteilungen in die Presse gebracht worden, die ganz offenbar der Absicht dienen, die Kredite niedriger hinzustellen als sie sind, um auf diese Weise die Meinung zur Streichung zu stärken. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß der Kredit der Stahlfinanzierungsgesellschaft Anfang Oktober rund 90 Millionen Goldmark betrug, der Kredit der Kohlenfinanzierungsgesellschaft rund 50 Millionen Goldmark, das sind 140 Trillionen Papiermark, also fast drei Viertel der schwebenden Schuld des Reiches.

Da der Reichsfinanzminister Luther in seiner Rede im Reichstag über alle diese Dinge Schweigen bewahrt hat, halten wir es für dringend erforderlich, daß das Reichsfinanzministerium sofort öffentlich erklärt, wie es das Reich vor den beabsichtigten ungeheuren Schädigungen zu schützen gedenkt. Es wäre ein unerträglicher Gedanke, wenn die Ruhrindustriellen trotz der gewaltigen Verarmung des Reiches und des ganzen deutschen Volkes den Ruhrkrieg als das glänzendste Geschäft abschließen könnten, das die Weltgeschichte je erlebt hat. —

Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen vom Montag

Krise Des Deutschen Unternehmertums.

Auch die Magdeburger Industriellen haben, wie fast alle Großindustriellen im Reich, Massenliquidationen zum Jahresende vorgenommen. Warum? Sie behaupten, es fehle an Aufträgen und an Betriebsmitteln. In Aufträgen fehlt es allerdings, weil die gerade von Deutschlands Großindustriellen mit gewaltigen Geldmitteln unterstützte monarchistisch-nationalistische Politik der Radikalen von rechts überall in der Welt den Eindruck erweckt: „Deutschland verübt Selbstmord, das Reich zerfällt.“ Kein Ausländer fühlt sich sicher, daß nach Deutschland gegebene Aufträge auch bestimmt und pünktlich ausgeführt werden. —

Aufträge fehlen aber auch, weil die deutsche Industrie jinnlos hohe Preise fordert, die weit über dem Weltmarktpreis liegen. Sie fordert solche Preise, obgleich fast alle Betriebe auf eine Mark abgeschrieben sind; obgleich die Obligationsschulden in Papiermark mit Pfennigwerten zurückgezahlt sind; obgleich Notgeld über Notgeld gedruckt und mit einem Bruchteil des Ausgabenwertes eingelöst wurde, während für so entstandenen Inflationsgewinn Devisen oder Rohstoffe gehamstert wurden; obgleich Papiermark-Löhne und -Steuern gezahlt wurden, während die Produkte zu Goldmarkpreisen abgesetzt wurden; ganz zu schweigen von dem Reichsbankgeld, das in Form von Papiermarkwechselkontierungen größtenteils in den Besitz der Industrie überging.

Gerade nach der vorangegangenen Vereicherungsperiode wäre die deutsche Industrie in der Lage, aller Weltkonkurrenz die Spitze zu bieten. Sie müßte nur wollen! Müßte nur durch Zahlung von Weltmarktlöhnen die Arbeitskraft der halberwertigen Arbeiterkraft wieder herstellen. Brauchte nur sich von diesem und jenem billig erworbenen Substanzballast trennen und sich dadurch in der kreditarmen Ubergangszeit Betriebskapital beschaffen.

Gerade in der Ueberwindung der Schwierigkeiten sollte die Industrie eine wahrhaft nationale Aufgabe erblicken. Gerade jetzt müßte sie der Welt zeigen: Mag auch der Versailler Vertrag uns noch so hart treffen — des deutschen Unternehmers „Durchhalte-wille“ schafft's doch! So hieß es doch zu Selberichs und Suros Zeiten!

Aber nichts dergleichen geschieht! Die Unternehmer wollen keine Aufträge haben! Sie fordern abschreckende Wucherpreise, um zum Stillliegen zu kommen. Dann glauben sie — und jagen's ununterhoben — der hungrigen Arbeiterkraft den Behn-lundentag aufzwingen zu können. Dann sollen die Schutzbestimmungen der Demobilisierungsverordnung fallen.

Hi des noch zu verhindern? Es ist! General Legouffe verbot im besetzten Gebiet die Stilllegungen, und keiner wird es wagen, gegen des Franzosen Willen zu handeln. Wird die neue Regierung im unbesetzten Gebiet auch den deutschen Gelehen, den Rechten der Proletarier Achtung verschaffen? Wird sie tun, was der Franzose tat? Werden auch die Betriebsräte ihrer Aufgabe gerecht werden?

Es wäre gut, wenn sie die Regelung der Lohnfrage in diesen Tagen den Gewerkschaften überließen und sich nur noch der Verhinderung weiterer Betriebs-einschränkungen widmeten. Angestellten- und Arbeitervertreter der Betriebe sollten die Kalkulations- und Offertmethoden jeder einzelnen Firma prüfen, sollten die vorhandenen Reserven überblicken, sollten auch namentlich den Unternehmern positive unwiderlegliche Beweise dafür bringen, wie sich in jedem einzelnen Betrieb bei Weltmarktlöhnung und dadurch entsprechend gehobener Lebenshaltung im Achtstundentag nicht nur Gesamtleistungen wie an einem Vorkriegsarbeitstag, sondern mehr leisten läßt! Durch entsprechende Betriebsmethoden, zweckmäßige Umstellung der Arbeit und des Willens ist das überall möglich.

Kommt den Unternehmern nicht bald die bessere Einsicht, werden die Massenstilllegungen Laftache, dann kommt das Ende mit Schrecken, dann kommt ein Verfall auch aller neuen Währungen, neuer Hunger, neue Not. Und gegen das, was dann geschieht, werden selbst Reichswehr und Schupo machtlos sein.

Ordnung und Ruhe, Sicherung der Produktionsmittel Zusammenhalt des Staates lassen sich nur aufrechterhalten, wenn die Unternehmer all die von ihnen selbst so oft gepriesene Tüchtigkeit endlich aufbieten, um die deutsche Industrie in Gang zu halten. Selbst wenn auf Vorrat gearbeitet, selbst wenn einmal billig verkauft werden muß.

Die Arbeiter- und Angestelltenchaft wird ihr bei der Erfüllung dieser wahrhaft nationalen Aufgabe gern helfen. An den Unternehmern ist es, zu beweisen, daß sie Pflichten des Besitzes in nationalem Sinn aufzufassen bereit sind, daß sie dem deutschen arbeitsbereiten Volke Arbeit zu verschaffen in der Lage sind. Erfüllen diese Aufgabe in diesen kritischen Tagen nicht, dann beweisen sie, daß sie entweder unfähig oder böswillig sind. Unfähigen und böswilligen Menschen aber wird schließlich die Macht genommen werden, vieler Volksgenossen Schicksal zu bestimmen. —C.—

Steuern in Preußen nach Goldwert.

Nachdem kürzlich von der Reichsregierung auf Grund des Vermögenssteuergesetzes die Zahlung der Reichsteuer nach ihrem Goldwert vorgeschrieben worden ist, wird in den nächsten Tagen vom preussischen Staatsministerium eine Häufige Vorchrift auch für die preussischen Staatssteuern, die kommunalen Abgaben und die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer-Beiträge getroffen werden. Die Regelung wird sich eng an die reichsrechtlichen Bestimmungen anschließen. Eine Schonfrist ist nicht vorgesehen.

In der Verordnung des preussischen Staatsministeriums wird das Prinzip der Goldzahlung u. a. in der Weise durchgeführt, daß die Umwertung der Papiermarkschuld in einen Goldbetrag von allen denjenigen Abgaben, die auf Grund einer vom Staatsministerium bestimmten Verhältniszahl festgesetzt sind, auf den Tag der Freisetzung der Verhältniszahl zurückbezogen wird.

Weniger Reichstagsabgeordnete?

Eine gemeinsame Sitzung des Reichstages, des Reichspräsidenten und der Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse des Reichstages beschäftigte sich mit der Frage, ob die Einschränkungen im Haushalt, die in der gesamten Reichsverwaltung getroffen werden, auch auf den Reichstag ausgedehnt werden sollen.

Bei dieser Gelegenheit wurde von dem Reichspräsidenten Löbe auch die Frage der Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten gemeinsam mit den Landesparlamenten und als Anregung auch für die Verminderung der Abgeordneten in den Landesparlamenten angeregt. Ein Landesparlament, das braunschweigische, hat bereits die Verminderung dieser Mitgliederzahl vorgenommen.

Das bayerische Landesparlament hat bei dem Reichstag angefragt, ob er diese Angelegenheit nicht auch in Erwägung ziehen wolle. Die Mehrheit der Fraktionsvertreter hielt sich aber nicht für befugt, Beschlüsse in dieser Richtung zu fassen. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit wurde vielmehr für die zweite Lesung des Wahlgesetzes im Rechtsausschuß zurückgestellt.

Notizen.

Auslieferung Graefes. Im Reichstag verläutet, daß General v. Seede als Anwalt der vollziehenden Gewalt an den Reichstag das Gesuchen gerichtet habe der Aushebung der Immunität des Hg. v. Graefe zuunt zuunt damit er wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten strafrechtlich verfolgt werden könne.

Folgen der Judenhetze. Die polnische Regierung hat sich durch Vermittlung der polnischen Gesandtschaft in Berlin dem Reichskanzler über die Mißhandlung und Plünderung von polnischen Staatsbürgern jüdischen Glaubens am 5. November in Berlin 6. schwert. Es liess über hundert Protokolle vor, aus denen sich ergebe, daß die Polizeibehörden die Angegriffenen nicht verteidigt hätten. Das Eingreifen des polnischen Generalkonsuls sei wirkungslos geblieben. Die polnische Regierung fragt an, in welcher Weise die schuldigen Beamten bestraft wurden, und verlangt Schadenersatz für die geschädigten polnischen Staatsbürger. —

Das Reich muß sich entschuldigen. Der deutsche Gesandte-träger in Brüssel wußte einen Subjunktum und wegen des wenigsten Vorfalls das Bedauern der deutschen Regierung auszusprechen. Das ist die Folge der „nationalen“ Geldentwertung des freiwilligen Reichswehrunteroffiziers. —

Die „Osthüringische Tribüne“, die Generalexekutive sozialdemokratische Zeitung, ist vom Reichsbeschuldigen in Thüringen auf unbestimmte Zeit verboten worden. —

Gausfuchungen bei thüringischen Abgeordneten. Im Landtag teilte Präsident Reber mit, daß bei den kommunalistischen Abgeordneten Lennert, Dr. Reufauer und Frau Wunder Haus-fuchungen stattgefunden haben. Auf Vorstellung des Präsidenten bei der zuständigen Reichswehrstelle wegen dieser Immunitätsverletzung wurde die Ansicht des Reichswehrkommandos dahin zum Ausdruck gebracht, daß sich die Immunität nicht auf die Privatwohnungen der Abgeordneten beziehe. Der Präsident richtete ein Protestschreiben an die Reichsregierung mit der Bitte, das Reichswehrkommando zur Immunitätsachtung aufzufordern. —

Verurteilte Kämpfer gegen die Sonderbündler. Von dem Militärgericht in Kaiserslautern wurden nach der „Frankfurter Zeitung“ insgesamt 68 Personen, die im Widerstand gegen die Sonderbündler standen, zu Gefängnisstrafen von mindestens 1 Monat verurteilt. In Landau wurden neun Personen, in Pirmasens acht Personen von den Franzosen verhaftet. Diese Verurteilungen und Verhaftungen von Kämpfern gegen die Sonderbündler illustrieren die französische „Reutralität“. —

Depechen.

Die Abfindung des Rheinlandes.

W. London, 26. November. Der Kölner Sonderbericht-erstatler der „Times“ schreibt, die Welt hätte nur wenig darüber erfahren, wie sehr sich im südlichen Teile des Rheinlandes während der letzten Wochen die Verhältnisse zugespielt hätten. Die Deutschen begannen zu begreifen, daß die Franzosen aus dem Rheinland einen Staat unter französischer Souveränität durch die Besetzung schaffen wollen, der nur durch schwache Bande mit Deutschland verbunden sei, damit die Einwohner nicht das Gefühl hätten, vom Reich losgetrennt zu sein. Die Franzosen würden z. B. nicht zugeben, daß das Rheinland Deputierte in den Reichstag entsende, wohl aber, daß es seine Vertreter im Reichsrat habe. Der Bericht-erstatler fragt, welche Rolle Großbritannien bei der Neubildung Europas spiele. Die britischen Interessen würden direkt berührt werden, wenn ein Staat aus Deutschland herausgelöst werden soll. Eine solche Aktion würde Großbritannien in eine Lage bringen, daß seine konventionelle Politik von Frankreich diktiert werden würde. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. November 1923.

Wintergedanken.

Der erste Schnee! Um besten hat sich der Winter mit seinen Freunden immer in Silberbüchern oder Courts-Mahler-Romanen ausgenommen.

Aber das war die eine Seite. Auf der andern gab es von jeher Arbeitslosigkeit, schmale Bissen, Bettelstuppen und kalte Füße, die an dem lauwarmen Herzen der christlichen Milderlichkeit noldbüchtig gewirkt wurden.

Und heute? Es hieße die Geschichte der letzten neun Jahre wiederholen, hieße erneut darauf hinweisen, wie ein bis zum Weißbluten geführter Krieg zur sichern Niederlage führte, wie dann ein Mißerkennen gegebener Tatsachen zu einer Haltung in der deutschen Politik führte.

Und die Folge Ein unermessbares Elend! Millionen Arbeitslose, heruntergerissen, ohne Hand und Schuhe, unterernährt mit Frau und Kindern, in kalten, finsternen Stuben, Verzweiflung im Herzen und eine blinde Wut, die sich oft nicht gegen die wirklich Schuldigen kehrt, sondern gegen die Führer aus ihren Reihen.

Sie sehen den Schnee, sehen den Winter, und denken nicht daran, daß dieser Jahreszeit wieder ein Frühling, ein Sommer, ein jääherrreifer Herbst folgt, in dem die ernten werden, die das Säen nicht vergaßen.

Daran wollen wir denken, wenn wir den ersten Schnee sehen, wenn Stöße auf Stöße still und feierlich niederfällt, und sich zu einem weißen Tuch weht, das Straßen und Dächer, Wälder und Felder in unendlicher Weite bedeckt.

Streit mit den Rassenärzten in Sicht!

Der Verein der Magdeburger Rassenärzte hat, wie uns aus Rassenreisen geschrieben wird, sämtlichen Krankenkassen die laufenden Verträge gemäß § 626 BGB. zum 1. Dezember d. J. gekündigt.

Diese Begründung enthält bereits eine Unrichtigkeit. Die erwähnten Richtlinien dürfen nicht die Vorstände der Krankenkassen, sondern ein Reichsausschuß, der aus 13 Mitgliedern besteht, erlassen.

Die meisten wäite hatten sich schon längst entfernt. Die Uhr schlug halb eins. Zurückgeblieben waren im Zimmer nur der Hausherr sowie Sergei Nikolajewitsch und Vladimir Petrowitsch.

Erste Liebe.

Von J. E. Turgenjew.

Die meisten wäite hatten sich schon längst entfernt. Die Uhr schlug halb eins. Zurückgeblieben waren im Zimmer nur der Hausherr sowie Sergei Nikolajewitsch und Vladimir Petrowitsch.

Der Hausherr klingelte und befahl, die Reste des Abendessens abzuräumen.

„Also abgemacht,“ sagte er, setzte sich tiefer in seinen Lehnstuhl zurück und zündete sich eine Zigarre an.

Sergei Nikolajewitsch, ein wohlbeleibter Herr mit vollem Gesicht und blondem Haar, sah zuerst den Hausherrn an und richtete sodann seine Blicke nach der Zimmerdecke.

„Wie haben Sie denn das gemacht?“

„Sehr einfach. Ich war achtzehn Jahre alt, als ich mich zum erstenmal um die Kunst einer sehr lebenswürdigen jungen Dame bemühte; aber ich machte ihr den Hof so, wie wenn das für mich nichts Neues wäre, genau so, wie ich später andern den Hof gemacht habe.“

„Ja, dann ist nichts zu machen,“ begann der Hausherr. „An meiner ersten Liebe ist auch nicht viel Bemerkenswertes.“

„Wie eine erste Liebe hatte allerdings etwas Ungewöhnliches,“ antwortete, er wenig zögernd, Vladimir Petrowitsch, ein Mann von etwa vierzig Jahren, dessen schwarzes Haar schon stellenweise leicht ergraut war.

„Ah!“ riefen der Hausherr und Sergei Nikolajewitsch wie aus einem Mund. „Um so besser!“ Erzählen Sie!

„Weinethogen, ... oder nein: erzählen möchte ich es nicht, auf diese Kunst verleihe ich mich nicht sonderlich; es kommt bei mir entweder kurz und trocken oder weisheitsvoll und unnatürlich heraus. Aber wenn es Ihnen recht ist, will ich alles, was ich noch davon im Gedächtnis habe, in ein Heft schreiben und Ihnen vorlesen.“

Reichsausschußes ist der Leipziger Ärzteverband, dem die Mehrzahl der Ärzte Deutschlands angehört, einberufenen gewesen.

Zur Sicherung gleichmäßiger und angemessener Vereinbarungen zwischen den Kassen und Ärzten stellt der Reichsausschuß Richtlinien auf.

Die Zulassung der Ärzte zur Tätigkeit bei den Krankenkassen, den allgemeinen Inhalt der Arztverträge, die Art und Höhe der Vergütung für die ärztlichen Leistungen, die Einrichtungen, welche zur Sicherung der Kasse gegen eine unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenhilfe erforderlich sind,

Die Maßnahmen zur Sicherung gegen eine übermäßige Inanspruchnahme einzelner Ärzte.

Die Richtlinien sollen sich ferner darauf erstrecken, wie durch den Nachweis freier Kassenarztstellen und Warnung vor Bezug an überfüllte Plätze auf eine planmäßige Verteilung der Kassenärzte über das Reichsgebiet hingewirkt werden kann.

Dem Reichsausschuß steht die Auslegung und Aenderung dieser Richtlinien zu.

Das sind alles Bestimmungen, die zwischen den Verbänden der Ärzte und Krankenkassen vorbereitet und anerkannt sind, zum Teil sogar längst Vertragskraft besessen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn man den Krankenkassen helfen will, muß ihnen doch gegen die, die sich wiederholt als Schädlinge gezeigt haben, eine brauchbare Handhabe zu deren Bekämpfung zur Verfügung gestellt werden.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

Wenn die Ärzte es mit den Krankenkassen wirklich aufrichtig meinen, dürfen sie doch jetzt nicht verdammen, was sie acht Tage vor der Verordnung der Krankenkassen vertraglich versprochen haben.

näherungen mit der Erklärung ab, daß die hiesige Verbandsleitung nur der Parole von Leipzig folge und selbst nicht wisse, was am 1. Dezember d. J. zu geschehen habe.

Sie wird sicher nicht über die geplanten Maßnahmen des Leipziger Verbandes in Unkenntnis gehalten worden sein. Die Regierung und die Krankenkassen sollen wahrscheinlich plötzlich vor einer vollendeten Tatsache stehen, die ihnen die Versicherer auf den Hals hebt.

Die Krankenkassen werden tun, was nur irgend möglich ist, um ihren Versicherten und Kranken in den kommenden Tagen zu helfen.

Wie es nach Lage des Falles zu wünschen wäre, dann empfiehlt sich für die Versicherten und Kranken trotzdem Ruhe und Besonnenheit, um den Anschlag auf die Krankenkassen wirkungslos zu machen.

Solange die Pläne und Methoden der Gegenseite noch nicht bekannt sind, muß jede weitere Auseinandersetzung darüber unterbleiben.

Die verständigen Kassennmitglieder haben alle Veranlassung, zu ihrer Kasse und deren Vorstand zu halten.

Die Verhältnissezahl, über die die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenem Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu veranschlagen sind, beträgt für die Zeit vom 25. November bis zum 1. Dezember 700 000.

Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem in der Zeit vom 25. November bis zum 1. Dezember fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit 700 000 zu veranschlagen.

Unter Zugrundelegung der Verhältnissezahl 700 000 ergeben sich z. B. folgende Wochenermäßigungen:

Table with 4 columns: für die Zeit vom, für Steuerpflicht und Ehefrau je Mark, für jedes minderjährige Kind Mark, für Werbungskosten Mark. Rows include dates like 18. bis 30. 9. 23. and amounts like 172 800, 1 152 000, 1 440 000.

Rechenzahlung am 29. November. Die bisher jeden 29. des Monats von den Romanisten in Magdeburg und Vororten geleisteten Barzahlungen an Militär-Renten-Empfänger (Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene) findet von jetzt an durch das Versorgungsamt Magdeburg unmittelbar statt.

Neue Beiträge in der Angestelltenversicherung. Mit Wirkung vom 26. November an sind für die Gehaltsklassen 44 bis 50 der Angestelltenversicherung die monatlichen Beiträge nach folgender Gruppierung zu erheben:

Table with 2 columns: Gehaltsklasse, Beitrag in Millionen Mark. Rows include classes 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50 with amounts like 1 650, 2 240, 3 160, 4 650, 6 520, 8 830, 10 240.

Die bisherigen Marken der Klassen 44 bis 50 gelangen zur Verwendung, indem der ausgedruckte Wert verhandeltausendfach wird.

Erwerbslosenunterstützung für stellunglose Angehörige. Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Wiederholt mußte festgestellt werden, daß Angestellten die Erwerbslosenunterstützung verweigert wurde, da nach Angabe des letzten Arbeitgeber der Angestellte die Stellenlosigkeit selbst verschuldet habe.

Die Angestelltenorganisation des Jahres vorkommen dürfen, besonders bei der bevorstehenden großen Stellenlosigkeit am 1. Januar 1924, werden die Angestellten gebeten, sich an die Organisation zu wenden, die dann als Beteiligte in den meisten Streitfällen dem Fürsorgeausschuß die nötige Aufklärung geben kann.

Die Freunde waren zunächst nicht damit einverstanden; aber Vladimir Petrowitsch beharrte auf seinem Sinne.

Er wurde ich, wollte, namentlich seit ich meinen letzten Hauslehrer losgeworden war, einen Franzosen, der sich niemals mit seinem Schicksal hatte ausöhnen können, daß er „wie eine Bombe“ in Rußland hineingefallen war, und der sich nun ganze Tage lang mit müdem Gesicht auf dem Bette herumwälzte.

Meine Mutter führte ein trauriges Leben: fortwährend befand sie sich in Aufregung, wurde von Eifersucht gepeinigt und war in gereizter Stimmung; — aber sie verbergte das in Gegenwart meines Vaters. Sie fürchtete sich sehr vor ihm; er seinerseits aber benahm sich gemessen, kalt, ablehnend.

Ich habe nie einen Mann kennengelernt, der einen höheren Grad von künstlerischer Angewandtheit, von Selbstgefühl und von Selbstbeherrschung besessen hätte.

Niemand beschränkte mich im Genuß meiner Freiheit. Ich tat, was ich wollte, namentlich seit ich meinen letzten Hauslehrer losgeworden war, einen Franzosen, der sich niemals mit seinem Schicksal hatte ausöhnen können, daß er „wie eine Bombe“ in Rußland hineingefallen war, und der sich nun ganze Tage lang mit müdem Gesicht auf dem Bette herumwälzte.

Meine Mutter führte ein trauriges Leben: fortwährend befand sie sich in Aufregung, wurde von Eifersucht gepeinigt und war in gereizter Stimmung; — aber sie verbergte das in Gegenwart meines Vaters.

Ich habe nie einen Mann kennengelernt, der einen höheren Grad von künstlerischer Angewandtheit, von Selbstgefühl und von Selbstbeherrschung besessen hätte.

Niemand beschränkte mich im Genuß meiner Freiheit. Ich tat, was ich wollte, namentlich seit ich meinen letzten Hauslehrer losgeworden war, einen Franzosen, der sich niemals mit seinem Schicksal hatte ausöhnen können, daß er „wie eine Bombe“ in Rußland hineingefallen war, und der sich nun ganze Tage lang mit müdem Gesicht auf dem Bette herumwälzte.

Meine Mutter führte ein trauriges Leben: fortwährend befand sie sich in Aufregung, wurde von Eifersucht gepeinigt und war in gereizter Stimmung; — aber sie verbergte das in Gegenwart meines Vaters.

Ich habe nie einen Mann kennengelernt, der einen höheren Grad von künstlerischer Angewandtheit, von Selbstgefühl und von Selbstbeherrschung besessen hätte.

Niemand beschränkte mich im Genuß meiner Freiheit. Ich tat, was ich wollte, namentlich seit ich meinen letzten Hauslehrer losgeworden war, einen Franzosen, der sich niemals mit seinem Schicksal hatte ausöhnen können, daß er „wie eine Bombe“ in Rußland hineingefallen war, und der sich nun ganze Tage lang mit müdem Gesicht auf dem Bette herumwälzte.

Meine Mutter führte ein trauriges Leben: fortwährend befand sie sich in Aufregung, wurde von Eifersucht gepeinigt und war in gereizter Stimmung; — aber sie verbergte das in Gegenwart meines Vaters.

Ich habe nie einen Mann kennengelernt, der einen höheren Grad von künstlerischer Angewandtheit, von Selbstgefühl und von Selbstbeherrschung besessen hätte.

Niemand beschränkte mich im Genuß meiner Freiheit. Ich tat, was ich wollte, namentlich seit ich meinen letzten Hauslehrer losgeworden war, einen Franzosen, der sich niemals mit seinem Schicksal hatte ausöhnen können, daß er „wie eine Bombe“ in Rußland hineingefallen war, und der sich nun ganze Tage lang mit müdem Gesicht auf dem Bette herumwälzte.

Meine Mutter führte ein trauriges Leben: fortwährend befand sie sich in Aufregung, wurde von Eifersucht gepeinigt und war in gereizter Stimmung; — aber sie verbergte das in Gegenwart meines Vaters.

Ich habe nie einen Mann kennengelernt, der einen höheren Grad von künstlerischer Angewandtheit, von Selbstgefühl und von Selbstbeherrschung besessen hätte.

Niemand beschränkte mich im Genuß meiner Freiheit. Ich tat, was ich wollte, namentlich seit ich meinen letzten Hauslehrer losgeworden war, einen Franzosen, der sich niemals mit seinem Schicksal hatte ausöhnen können, daß er „wie eine Bombe“ in Rußland hineingefallen war, und der sich nun ganze Tage lang mit müdem Gesicht auf dem Bette herumwälzte.

Meine Mutter führte ein trauriges Leben: fortwährend befand sie sich in Aufregung, wurde von Eifersucht gepeinigt und war in gereizter Stimmung; — aber sie verbergte das in Gegenwart meines Vaters.

Ich habe nie einen Mann kennengelernt, der einen höheren Grad von künstlerischer Angewandtheit, von Selbstgefühl und von Selbstbeherrschung besessen hätte.

